

## Gefühlte Verluste sind größer

Das krisenbedingte Minus bei der Altersvorsorge ist eher gering

**Berlin** – Wenn es um das Thema Altersvorsorge geht, machen sich viele Deutsche große Sorgen. Erst recht in der Wirtschaftskrise. So schätzen die Bundesbürger nach einer repräsentativen Umfrage des von der Deutschen Bank finanzierten Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA), dass ihre krisenbedingten Einbußen durchschnittlich mehr als 20 Prozent betragen. Doch die gefühlten Verluste stimmen offenbar mit den tatsächlichen kaum überein. Das ist zumindest das Ergebnis einer Studie, die der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen im Auftrag des DIA vorgelegt hat.

„Es zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Haushalte nominal weniger als drei Prozent ihrer gesamten Altersvorsorge verloren hat“, sagte der Frei-



Professor Raffelhüschen Foto: dpa

burger Professor. Zwar habe sich das Geldvermögen der deutschen Haushalte zum ersten Mal seit 2001 verringert. Aber das Geldvermögen in Höhe von 4,4 Billionen Euro Ende 2008 bewege sich immer noch auf dem Niveau von 2006. Das durchschnittliche Geldvermögen eines deutschen

Haushalts belief sich damit auf 111 000 Euro – etwa 4000 Euro unter dem Vorjahreswert. Pro Einwohner ist dies ein Rückgang von 1700 Euro.

In der Untersuchung wurden auch zehn typische Haushalte betrachtet. Deren repräsentatives Altersvorsorgeportfolio aus gesetzlicher Rentenversicherung, Lebensversicherungen, Immobilien und Wertpapieren soll 80 Prozent der Haushalte widerspiegeln. Anschließend rechneten die Wissenschaftler hoch, wie sich die Krise seit 2007 auf die einzelnen Vorsorgeformen auswirkte. Das Ergebnis: Der Kapitalwert der Anlagen bewegte sich zwischen einem Plus von 2,9 und einem Minus von 12,4 Prozent. „Sicherlich gibt es auch Haushalte, deren Aktiendepots sehr umfangreich sind und damit deutlich höhere Einbußen erlitten haben. Sie sind jedoch entweder sehr jung, sehr reich oder beides“, sagte Raffelhüschen. **td**

## Wettlauf um erstes Madoff-Buch

**New York** – In den USA wetteifern Verlage darum, das erste Buch über den Ende Juni verurteilten Betrüger Bernard Madoff auf den Markt zu bringen. Gleich drei große Verleger haben den Erscheinungstermin laut US-Medien gerade auf Mitte August vorgezogen. Jeder will als erster möglichst viel an der Geschichte um die Madoff-Milliarden verdienen. Alle drei Bücher waren ursprünglich für September und Oktober geplant.

Im größten Betrugsfall der Finanzgeschichte war Madoff zur Höchststrafe von 150 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Ex-Broker hatte über Jahrzehnte mit einem Schneeball-System weltweit Tausende Anleger um insgesamt 65 Milliarden Dollar geprellt. **dpa**

DI Festgeld	MI	DO Tagesgeld	FR Ratenkredite	SA Sparbriefe	
<b>Telefontarife</b>					
Uhrzeit	Vorwahl	CL./Min.	Uhrzeit	Vorwahl	CL./Min.

Ortsnetz Mo-Fr	Ortsnetz Sa-So
0-7 01028 0,52	0-7 01028 0,52
01013 0,97	01013 0,84
7-19 01028 1,67	7-19 01028 0,96
01079* 1,84	01070 0,98
01058* 1,95	01079* 1,49
19-21 01013 0,97	19-21 01013 0,84
01070 0,98	01028 0,88
01079* 1,49	01070 0,98
21-24 01013 0,87	21-24 01013 0,84
01028 0,88	01070 0,84

Fern Mo-Fr	Fern Sa-So
0-7 01013 0,96	0-7 01013 0,64
01032* 0,97	01070 0,98
7-9 01032* 1,50	7-19 01070 0,85
010012* 1,58	01032* 1,49
9-18 01032* 1,58	01098* 1,57
01098* 1,59	19-21 01013 0,64
18-19 01032* 1,49	01070 0,65
01098* 1,54	01032* 1,49
19-24 01013 0,97	21-24 01013 0,64
01070 0,98	01070 0,98

Festnetz zu Mobilfunk	0-24	01032*	8,20	01098*	8,23
-----------------------	------	--------	------	--------	------

Ausland Mo-So, 0-24 Uhr	Festnetz	Vorwahl	CL./Min.	Vorwahl	CL./Min.
-------------------------	----------	---------	----------	---------	----------

Frankreich	01045*	0,88	010017*	1,49
Griechenland	01045*	1,00	010029*	1,75
Großbritannien	01045*	0,76	01017*	1,37
Italien	01045*	0,92	01027*	1,15
Österreich	010058	0,90	01027*	1,80
Polen	01045*	1,00	01027*	1,18
Schweiz	01054*	0,96	01045*	1,00
Spanien	01045*	0,87	01027*	1,45
Türkei	01029*	1,45	01067*	1,60
USA	01045*	0,76	01067*	1,40

\*Anbieter mit Tarifansage  
Tarife inkl. MwSt. nicht alle Anbieter an allen Orten verfügbar;  
tägliche Änderung möglich; Angaben ohne Gewähr.  
Stand: 28.07.2009 Quelle: bitlio.de

Täglich aktualisierte Tarife: www.sueddeutsche.de/spaemeister

SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
Jede öffentliche Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Geldsendungen von Exilanten stützen arme Länder. Doch diese Transfers schaffen eine gefährliche Abhängigkeit, wie das Beispiel von Georgien zeigt

Von Tobias Romberg

**Tiflis** – Als im August 2008 der Georgien-Krieg ausbricht, schufft George Beradze in einem Eisenbahntunnel zwischen Nürnberg und Berlin und ist zufrieden. Der 31-Jährige aus Tiflis hatte während seines Studiums schon etliche Nebenjobs, doch dieser hier ist der große Wurf: Unterkunft im Viersterne-Hotel, 13 Euro Stundenlohn. Er wird wieder Geld an seine Familie senden können. Er, der Teilzeit-Familienernährer, der jetzt noch nichts ahnt vom Krieg in der Heimat.

Als der Krieg in Georgien einen Tag alt ist, schufft George immer noch in diesem Tunnel, den er jetzt verflucht. In seiner Verzweiflung schreibt er mit roter Farbe „Stop Russia“ an eine Wand. Er weiß, dass sich nun vieles verschlechtern wird: die Situation der Familie in Tiflis, die georgische Volkswirtschaft, Bauprojekte des Bruders und natürlich das russisch-georgische Verhältnis. Seine Überweisungen in die Heimat werden noch wichtiger werden. Der Druck wächst.

Gut 13 000 Georgier leben offiziell in Deutschland. Sie kommen als Studenten, Au-pair oder Asylsuchende. Viele unterstützen ihre Familien zuhause mit Geldsendungen. Für viele ärmere Staaten sind diese Transfers ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. 2008 machten sie laut Weltbank global 283 Milliarden Dollar aus – doppelt so viel wie die ganze Entwicklungshilfe. In der Realität dürften die Summen noch höher sein. Geld wird nicht nur durch Überweisungen, sondern auch durch bezahlte Boten und Heimatbesuche gesandt. In Tadschikistan stellten die Transfers 2007 mehr als 45 Prozent der Wirtschaftsleistung, in Moldawien 38 Prozent, in Tonga 35 Prozent und im Libanon 24 Prozent.

## Die Migranten fehlen beim Aufbau einer Demokratie, einer Marktwirtschaft.

Für Georgien reichen die Schätzungen bis 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Laut Osteuropabank profitiert mehr als jeder fünfte Bewohner von diesen Zahlungen. Georgien ist ein gutes Beispiel dafür, wie abhängig ein Land vom Geld der Migranten werden kann und welche Gefahren das birgt – eine Geschichte, die sich seit der Globalisierung auf dem ganzen Erdball wiederholt.

Deutschland gehört laut Bundesregierung neben den USA und Saudi-Arabien zu den wichtigsten Sendeländern von Migrantentransfers. Georgier finden in einigen Städten ein Netzwerk, das es ihnen ermöglicht, schnell Fuß zu fassen und Geld zu verdienen. Beispielsweise studieren an der Uni Münster derzeit 138 Georgier. Einer von ihnen ist George Beradze, der Mann aus dem Eisenbahntunnel. Georges Nachbar im Studentenwohnheim war schon sein Nachbar in Tiflis. Er hat ihn nach Deutschland geholt. George schätzt, dass er in den vergangenen Jahren gut 5000 Euro an seine Familie in Tiflis sandte. Er kam nach Münster, weil die Aussichten in der Heimat düster waren. Er kam aber auch, weil sein Bru-



Seebrücke im Ostseebad Grömitz: In Küstenorten wie diesem jobben Jahr für Jahr Studentinnen aus Georgien während der Sommerzeit – und finanzieren sich damit ein ganzes Semester zu Hause.

der Levan schon da war. Der lebt jetzt wieder in Tiflis.

Der Bauingenieur war der erste in Tiflis, der Estrict-Böden machte. Hotels, Casinos, Restaurants – überall stand man auf seine Arbeit. Doch dann kamen Krieg und Krise. Levan steht in der Wohnung seiner Eltern und blickt auf die Hochhäuser gegenüber: 15 Stockwerke Rohbau, die längst fertig sein sollten. Von seinen ehemals 60 Mitarbeitern kann er heute noch 31 beschäftigen. Was noch schlimmer ist: Es wird immer schwieriger, Fachkräfte zu finden. Diese verdienen in Georgien zwischen 225 bis 450 Euro im Monat. So viel hat Levan in Münster oft in einer Woche verdient. „Fast alle wollen ins Ausland“, sagt er. Viele gehen zum Studieren und bleiben länger als geplant: Studiumsemester, Job-

angebote. „Braindrain“ nennen Experten diese Entwicklung: die Abwanderung der Intelligenz, mit volkswirtschaftlichen Verlusten. Nach Schätzungen der International Organisation for Migration lebt fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung im Ausland, mehr als eine Million Georgier sind das. Sie fehlen beim Aufbau einer noch jungen Demokratie, einer Zivilgesellschaft, einer Marktwirtschaft. Natürlich gehören sie nicht alle der Intelligenz an, doch der Ausverkauf der Bildungsschicht nimmt zu und institutionalisiert sich.

Als vor einem Jahr der Krieg ausbricht, kellert Nestan Khimshiasvili in einem Fischrestaurant im Ostseebad Grömitz und erfährt im Fernsehen, was in der Heimat passiert. Gäste versuchen, sie zu beruhigen. Nestan ist zum fünften

Mal in Deutschland. Sie hat daheim einen Magister in Germanistik gemacht und promoviert jetzt über Thomas Mann. In Grömitz nimmt sie am Programm „Ferienbeschäftigung im Ausland“ der Bundesagentur für Arbeit teil. Sie verdient acht Euro pro Stunde, mit dem Geld wird sie sich in Georgien mindestens ein Semester über Wasser halten. „Ohne dieses Programm würde ich wahrscheinlich im Ausland studieren“, sagt Nestan. Ihr Dank gilt dem georgisch-deutschen Zentrum in Batumi, der drittgrößten Stadt Georgiens. Eine politische Karte Deutschlands hängt im Eingangsbereich des Zentrums, deutscher Kaffee wird aufgesetzt. Das Zentrum organisiert Ferienjobs in Deutschland. Es vermittelt aber auch Studenten ins Ruhrgebiet, nach Saarbrücken oder Heidelberg. „Wir ha-

ben in den letzten Jahren circa 300 Schüler und Studenten geschickt“, sagt die Leiterin Nana Megrelischvili.

Irgendwie haben sie hier den Braindrain institutionalisiert. Nicht mit Absicht, denn das erworbene Wissen soll ja zurückkehren. Doch viele bleiben im Ausland, jeder Zweite längerfristig. Megrelischvili weiß, dass für viele junge Menschen irgendwann nicht mehr das Studium, sondern Zahlungen an die Heimat im Vordergrund stehen. Aus Studenten werden Familienernährer. Sie schicken Hunderte Euro im Monat, die zu Hause eine weitaus größere Kaufkraft haben. Laut der georgischen Nationalbank betragen die Zahlungen 2008 mehr als 700 Millionen Euro. Knapp die Hälfte soll aus Russland kommen, jeweils ein Sechstel aus Westeuropa und Griechenland. Ein Großteil des Geldes wird für den Alltagsbedarf ausgegeben, nur ein Bruchteil effektiv investiert.

## Studenten sehen sich gezwungen, länger im Ausland zu bleiben, mehr zu verdienen.

„Ich kenne viele, die ewig in Deutschland studieren und Geld schicken“, sagt Nestan. Die Lage in Georgien würde schwieriger, das Leben teurer. Während der Wechselkurs in den vergangenen Jahren einigermaßen konstant blieb, stieg die Inflationsrate 2008 auf zehn Prozent. Der im Ausland verdiente Euro ist somit weniger wert als zuvor. Das Familienfinanzierungsmodell gerät ins Wanken, weltweit sinken laut Weltbank die Transferzahlungen.

Die Folgen sind absehbar. Georgische Studenten sehen sich gezwungen, länger im Ausland zu bleiben, mehr Geld zu verdienen. In Münster gibt es Studenten, die seit Mitte der 90er Jahre studieren – und einen Nebenjob nach dem anderen machen. Eine mögliche andere Folge ist ein weiteres Abwandern junger Leute.

In Kutaisi, der zweitgrößten Stadt Georgiens, sitzt Romeo Kvelidze auf heißen Kohlen. Er lebt in einer kleinen Wohnung, von deren Wänden der Putz bröckelt, gemeinsam mit seiner Mutter, der kürzlich ein Hirntumor entfernt wurde. Der Vater ist früh gestorben, die Schwester lebt in München, hat einen Deutschen geheiratet. Sie schickt monatlich 100 bis 200 Euro. Romeo macht in Kutaisi Gelegenheitsjobs: Mal produziert er kleine Image-Filme, mal legt er als DJ auf. Nun will er nach München, am liebsten auf eine Filmschule. Deutsch spricht er zwar noch nicht. Doch die Mutter wird wohl zusehen müssen, wie auch ihr zweites Kind Georgien verlässt, auf der Suche nach einer Perspektive – und etwas Geld für die Heimat.

Die Eltern von George und Levan Beradze kennen dieses Gefühl, denn vorübergehend haben beide Söhne in Münster gelebt. Sehr zur Freude der Eltern ist Levan nun mit eigener Firma in Tiflis. Noch vor einem Jahr hatten sie geplant, dass George bald zurückkommt und einsteigt. Doch wenn die Lage so bleibt, dann ist die Firma des Bruders für George nur die „letzte Alternative“.

## Fremdabheben kann teuer werden

Die Gebühren für Geld aus dem Automaten steigen. Hintergrund ist ein Streit zwischen Banken

Von Linda Ross

**München** – Wer Geld am Automaten einer fremden Bank abhebt, der zahlt Gebühren – und die sind in letzter Zeit kräftig gestiegen. Das zeigt eine aktuelle Studie der FMH Finanzberatung. Musste ein Kunde 2006 für Geldabheben mit der EC-Karte am Automaten der Konkurrenz noch durchschnittlich 4,38 Euro bezahlen, sind es jetzt schon 0,76 Euro mehr. 24 der 50 untersuchten Geldinstitute haben die Entgelte erhöht.

Für viele Verbraucher ist das zunächst kein Problem, denn sie sind nicht unmittelbar betroffen: „Nur wenige unserer Kunden heben bei Fremdbanken ab, sie können ja in der Cash Group an 7000 Automaten in Deutschland kostenfrei abheben“, heißt es etwa bei der Deutschen Bank. Sparkassenkunden können sich sogar an knapp der Hälfte der insgesamt 57 000 Geldautomaten in Deutschland kostenlos Bargeldnachschub holen.

Schlechtere Karten haben hingegen Kunden von Citibank oder Sparda-Banken. Zwar sind auch diese in einem Verbund zusammengefasst, dem sogenannten CashPool. Dieser umfasst aber nur rund 2500 Automaten. Da findet sich nicht an jeder Ecke eine kostenfreie Geldquelle.

Aber auch für einen Kunden der Deutschen Bank kann der Moment kommen, in dem er ganz dringend Bares braucht und kein Cash-Group-Automat erreichbar ist. Dann wird es teuer: Ein Prozent der Abhebesumme, mindestens aber 5,99 Euro kostet es bei der Deutschen Bank, wenn der Kunde an einem Fremdautomaten Geld zieht. Vor drei Jahren waren es noch 41 Prozent weniger.

Besonders kräftig haben zwei Banken aus der PSD-Gruppe die Gebühren erhöht: Die PSD Bank Kiel nimmt 2009 86 Prozent mehr als im Vorjahr; Kunden zahlen jetzt 6,50 Euro. Bei der PSD Bank Westfalen-Lippe fallen Gebühren von sechs Euro an, 71 Prozent mehr als noch 2007. Die PSD-Gruppe ist allerdings im genossenschaftlichen Finanzverbund, das heißt ihre Kunden können an den etwa 18 200 Automaten der Volks- und Raiffeisenbanken kostenlos Geld abheben.

Der Grund für die Erhöhungen der Entgelte ist ein Streit zwischen den Banken. So stellt ein Institut A einem Institut B

Gebühren in Rechnung, wenn ein Kunde der B-Bank am Automaten der A-Bank Geld abhebt. Die Höhe dieser Gebühren legen die Banken willkürlich fest – und so sind diese kontinuierlich gestiegen. Nach Recherchen der FMH Finanzberatung sind Belastungen von bis zu 20 Euro keine Seltenheit mehr.

Die Hausbank bereichert sich also in der Regel nicht durch die Entgelte – für sie bringt das Fremdgehen des Kunden sogar Kosten mit sich. „Die Sparkasse Münster berechnet uns 7,50 Euro, wenn einer unserer Kunden an ihrem Automaten Geld abhebt. Sechs Euro geben wir an den Kunden weiter, das bedeutet, wir machen einen Minus von 1,50 Euro“, erklärt Reinhard Schlottbom, der Vorstandsvorsitzende der regional beratenen Direktbank PSD Westfalen-Lippe. Er nennt diese Entwicklung einen „Webfehler des Systems“, durch das Banken, die nicht wie die PSD Banken Mitglieder in großen Verbänden sind, ausgegrenzt werden.

Schlottbom ist dafür, dass am Automaten ein Hinweis angebracht werden sollte, wie viel die Fremdbank der Hausbank fürs Abheben berechnet. So könne sich der Verbraucher bewusster entscheiden.

## Automaten-Entgelte

Die Gebühren für das Geldabheben bei einer Fremdbank steigen bei vielen Banken kontinuierlich. Dabei bedeutet ein hoher prozentualer Zuwachs nicht gleichzeitig, dass der Kunde unterm Strich am meisten zahlt. Besonders zur Kasse für das Abheben mit EC-Karte bittet die DKB sowie einige Sparkassen, etwa die Berliner Sparkasse.

Gebühren für Bargeldabhebungen an Automaten von Fremdbanken	Angaben in Euro	
	Mitglied CashPool (innerhalb des jeweiligen Verbands sind Abhebungen kostenfrei)	Mitglied Cash Group

Die größten Banken	Veränderung		
	Juni 2006	Juni 2009	
Citibank	3,90	3,90	0%
Commerzbank	3,98	4,98	+25,1%
Deutsche Bank	4,25	5,99	+40,9%
Dresdner Bank	4,50	4,95	+10,0%
DKB	10,00	10,00	0%
Hypo-Vereinsbank Unicredit Group	3,95	4,75	+20,3%
ING-DiBa	3,95	5,00	+26,6%
Postbank	4,00	5,99	+49,8%

Verbraucherschützer Frank-Christian Pauli vom Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) sieht hingegen den Verbraucher als Opfer des Streits zwischen den Banken. „Der Verbraucher hat effektiv keine Ausweichmöglichkeiten. Wenn er zu einem anderen Anbieter mit geringeren Abhebegebühren bei Fremdbanken wechselt, weiß er auch nicht, wie lange dieser die Gebühren niedriger hält“, sagt Pauli. Denn dieser Wechsel halte die Automatenbetreiber ja nicht ab, ihre überhöhten Gebühren unter den Banken weiter einzufordern. Entgelte von 7,50 Euro von Kunden zu verlangen, sei in jedem Fall nicht vertretbar, lägen Nutzungs- und Instandhaltungskosten faktisch doch nur bei etwa 60 Cent pro Abhebung.

Einige Direktbanken bieten – da sie selbst nur wenige Geldautomaten betreiben –, ihren Kunden an, mit der Kreditkarte in ganz Deutschland kostenfrei an allen Automaten abzuheben. Rund 60 Sparkassen war das gar nicht recht, sie sperrten ihre Automaten für die Direktbankkunden. Der Fall wird vom Kartellamt geprüft – auch wieder ein Wettbewerbschickhack der auf Kosten der Verbraucher geht.

Banken mit den größten Erhöhungen	Veränderung		
	Juni 2006	Juni 2009	
PSD Bank Kiel	3,50	6,50	+85,7%
PSD Bank Westfalen-Lippe: k. A.	6,00	6,00	+71,4%
Sparkasse KölnBonn	3,50	6,00	+71,4%
Berliner Sparkasse	4,50	7,50	+66,7%
Norisbank	3,80	6,00	+57,9%
Mittelbrandenb. Sparkasse**	4,00	6,00	+50,0%
Sparkasse Nürnberg***	5,00	7,50	+50,0%

\*Vergleich Entgelt Juni 2009 mit Entgelt von Juni 2007 (3,50 Euro); \*\*in Potsdam; \*\*\*Gleiche prozentuale Veränderung und gleiches Entgelt für Juni 2006 und Juni 2009 bei Ostschweizer Sparkasse

## Britische Blockade

London sperrt sich erfolgreich gegen harte EU-Regeln für Spekulanten

Von Andreas Oldag

**London** – Londons Bürgermeister Boris Johnson spricht von einer „Strangulierung“ der City. Und Finanzstaatssekretär Lord Myners warnt vor einem neuen Brüsseler Protektionismus, der sich angeblich gegen den Finanzplatz London richtet. Jetzt zeigt der massive Druck der britischen Lobbyisten im Streit um eine EU-weite Regulierung hochspekulativer Hedgefonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity) erste Erfolge. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft rückt nach Informationen der Süddeutschen Zeitung von harschen Regeln ab. London pocht darauf, dass den Fonds auch künftig keine verbindlichen Vorschriften gemacht werden, wie viel Eigenkapital sie mindestens halten sollen.

Schwedens Finanzminister Mats Odell warnte vor einer überzogenen Regulierung in der EU. „Ich glaube, dass es eine übertriebene Ansicht in einigen Ländern gibt, dass Private Equity und Hedgefonds geholfen hätten, uns in die Krise zu ziehen“, erklärte Odell gegenüber der Agentur Reuters. Odell wendet sich damit vor allem gegen Deutschland und Frankreich, die in der EU als Hardliner in Sachen Fondsregulierung gelten.

Setzt sich die britisch-schwedische Linie in der EU durch, droht ein Beschluss des Weltwirtschaftsgipfels von Anfang April zu verwässern, wonach künftig kein Finanzprodukt und kein Marktteilnehmer unbeaufsichtigt bleiben soll. Die Gegner einer harschen Regulierung erhalten Unterstützung aus den USA. Auch dort herrscht bei den Aufsichtsbehörden wie der SEC die Ansicht vor, die Fonds sollten einer Registrierungspflicht unterworfen werden, aber ansonsten weitermachen dürfen wie bislang.

Ziel der Briten ist es, die Vormacht des Finanzplatzes London in Europa zu sichern. Die Finanzindustrie trägt etwa neun Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Hedgefonds-Manager haben damit gedroht, die Insel zu verlassen, falls London ihre Freiheiten zu stark einschränkt. Weltweit verwalteten Hedgefonds Anlagen im Wert von rund 1,4 Billionen Dollar (rund 980 Milliarden Euro).

In den feinen Büros der Hedgefonds-Manager im Londoner Stadtteil Mayfair ist indes von einer deutsch-französischen „Verschwörung“ die Rede, die sich

gegen die Londoner Finanzindustrie richtet. Der in Brüssel vorgelegte Richtlinien-vorschlag über alternative Investmentfonds stößt auf Ablehnung. „Wir sind nicht grundsätzlich gegen Regulierung. Doch die Fondsbranche soll jetzt zum Sündenbock gemacht werden“, kritisiert Stephen Oxley von Alternative Asset Management Company.

Die Branche hat ihre gut geölte Lobby-Maschinerie in Gang gesetzt, um die Richtlinie zu torpedieren. Vertreter der britischen Regierung sind bereits in zwölf europäischen Hauptstädten unterwegs gewesen, um „Vorurteile“ gegen



London will Europas bedeutendster Finanzplatz bleiben. Foto: Getty Images

Hedgefonds abzubauen. Die EU-Kommission will Hedgefonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften dazu verpflichten, sich bei den jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden zu registrieren und ihre Anlagen offenzulegen. Nach den EU-Plänen sollen bestimmte Standards im Risikomanagement und beim Eigenkapital eingehalten werden. Außerdem sieht der Entwurf vor, dass Private-Equity-Firmen Auskunft über ihre Geschäftstätigkeit geben, wenn sie die Kontrolle über ein Unternehmen übernehmen.

Die Vorschriften sollen für Fonds mit einem Anlagevolumen von mindestens 100 Millionen Euro und Private-Equity-Firmen mit mehr als 500 Millionen Euro gelten. Nach Angaben von Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy würde die Richtlinie etwa 30 Prozent der Hedgefonds betreffen, die fast 90 Prozent des Fondsvermögens in der EU verwalteten. Dem Richtlinienvorschlag müssen noch die Mitgliedstaaten und das Europaparlament zustimmen. In Kraft treten könnte das Gesetz frühestens Ende 2011 nach Ablauf der zweijährigen Umsetzungsfrist für die Mitgliedstaaten.